

Die Annahme des Ultimatums des Verbandes.

Erklärungen des holländischen Ministers des Innern
in der Kammer.

Dr. Saag, 18. März.

In der stark besuchten Sitzung der zweiten Kammer hat der Minister des Innern in Anwesenheit sämtlicher Minister heute eine Erklärung über den Stand der Verhandlungen mit dem Verband und den Vereinigten Staaten abgegeben. Der Kammer war bereits bekannt, daß zwischen Holland und den vereinigten Regierungen der alliierten Länder vereinbart worden war, daß ein Vorschuß von 100.000 Tonnen Getreide an Holland geliefert wird, wogegen ein Teil des verlangten holländischen Schiffsraumes sofort zur Verfügung der Entente gestellt werden soll. Hierüber hat der Verband, so führte der Minister weiter aus, bis 18. März Antwort verlangt, weil an diesem Tage in London eine Konferenz der Vertreter der Regierungen der Ententeländer stattfindet. Während die holländische Regierung im Prinzip bereit war, diese Vereinbarung zu treffen, kamen in erster Stunde ergänzende Bedingungen des Verbandes, daß Holland eventuell auch gestatten müsse, daß seine Schiffe innerhalb der Gefahrenzone verwendet werden dürfen. Diese Bedingung stand im schroffen Gegensatz zu den vereinbarten Grundprinzipien und die holländische Regierung konnte sich nicht erklären, welches die Ursache dieser veränderten prinzipiellen Stellungnahme war. Der Minister erklärt, er wolle sich nicht weiter darüber äußern, aber er könne mit aller Bestimmtheit sagen, daß diese Forderung niemals berechtigt sei und daß auch der schlimmste Schiffsraumangel für den Verband keine Berechtigung bilde, eine solche Forderung zu stellen. Diese neue Bedingung stellte die holländische Regierung vor große Schwierigkeiten. Es sprachen sehr ernste Bedenken und Gründe gegen eine Einwilligung, und dennoch müsse man vielleicht einwilligen, da eine Ablehnung die sofortige Zurückhaltung der bereits verladenen Vorräte bedeuten würde. Eine definitive Antwort wurde aber nicht sofort gegeben, weil Holland ohnehin mit einigem Getreidemangel rechnen mußte.

Der Minister erklärt, er habe sich unter diesen Umständen an die Mittelmächte, und zwar zunächst

an Deutschland mit der Anfrage gewendet, ob die Möglichkeit bestehe, daß Deutschland innerhalb zweier Monate 100.000 Tonnen Getreide an Holland liefern könne. Deutschland erklärte jedoch, hierzu nicht in der Lage zu sein. Es mußte auch ablehnen, weil die Bedürfnisse der Bundesgenossen Deutschlands in allererster Linie gedeckt werden mußten. Außerdem sei von Deutschland keine bestimmte Zusicherung zu erzielen, daß dies etwas später der Fall sein werde. Infolgedessen hat der Minister jetzt die Forderungen der Alliierten vorläufig bis 15. April genehmigt, aber nicht ohne seinerseits ergänzende Bedingungen zu stellen. Als erste Bedingung habe er gefordert, daß auf jeden Fall für Holland selbst genügend Schiffe übrig bleiben müssen, damit die nach der Londoner Vereinbarung für Holland zur Verfügung gestellten Rohstoffe und Getreidevorräte auf holländischen Schiffen nach Holland gebracht werden können. Die zweite Bedingung ist, daß die holländischen Schiffe genügend Kohle erhalten werden, die dritte, daß auf holländischen Schiffen keine Truppen und kein Kriegsmaterial in die Gefahrenzone befördert werden dürfen, die vierte, daß holländische Schiffe nicht besetzt werden dürfen, die fünfte, daß es der Besatzung der Schiffe freistehen solle, zu bestimmen, ob sie in die Gefahrenzone fahren wollen oder nicht; sechstens müssen eventuell verloren gehende Schiffe sofort nach Friedensschluß ersetzt werden.

Der Minister schloß seine Erklärungen mit dem Hinweis darauf, daß Holland und seine Kolonien sich in großer Not befinden. Ueber das, was die Zukunft bringen werde, könne sich der Minister nicht äußern.

Der Präsident der zweiten Kammer schlug hierauf vor, die Tagesordnung so zu ändern, daß die Besprechung über diese Erklärung des Ministers erst später erfolgen soll. Der Führer der christlichen-historischen Partei Savornin Lohman ergriff das Wort und drückte seine Entrüstung über die Verschiebung der Diskussion aus. Er fragte, ob vielleicht beabsichtigt sei, zu warten, bis die Antwort der Vereinigten Mächte auf diese Erklärung eintreffen würde. Das Volk habe ein Recht darauf, sofort seine Stimme hören zu lassen und der Regierung mitzuteilen, wie es über diese Haltung denke. Auch die Alliierten sollen wissen, wie Holland und seine Volksvertretung über ihre Haltung urteilen. Der Führer der katholischen Partei Molens protestierte in heftigen Worten gegen das Vorgehen der sogenannten Beschützer der kleinen Nationen. Schließlich einigte man sich ohne Abstimmung dahin, daß die Debatte über die Erklärung des Ministers des Innern erst morgen stattfinden soll.